



Bundesamt für
Verfassungsschutz

TÜRKISCHE LINKSEXTREMISTISCHE ORGANISATIONEN IN DEUTSCHLAND



BUNDESAMT FÜR
VERFASSUNGSSCHUTZ

TÜRKISCHE LINKSEXTREMISTISCHE
ORGANISATIONEN IN DEUTSCHLAND

Impressum:

Herausgeber: Bundesamt für Verfassungsschutz
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Merianstraße 100
50765 Köln
Tel.: 0221/792-3838
Fax: 0221/792-1247
E-Mail: pressereferat@verfassungsschutz.de
<http://www.verfassungsschutz.de>

Titelgestaltung: Bundesamt für Verfassungsschutz

Stand: Juli 2007

Druck: Bundesamt für Verfassungsschutz

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Bundesamtes für Verfassungsschutz herausgegeben. Sie darf nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme des Bundesamtes zu Gunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte. Die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen von Parteien wie auch jede sonstige Verwendung zum Zwecke der Wahlwerbung ist untersagt. Den Parteien ist es gestattet, die Druckschrift zur Unterrichtung ihrer eigenen Mitglieder weiterzugeben.

Auszugsweise Wiedergabe mit Quellenangabe gestattet.

Überblick

Die türkischen Mitbürger bilden die größte Ausländergruppe in Deutschland. Von den rund 7 Millionen ausländischen Einwohnern sind knapp 1,8 Millionen türkische Staatsangehörige (Stand: 31.12.2006). Hinzu kommen etwas mehr als 800.000 Personen mit türkischem Migrationshintergrund, die in dem 10-Jahreszeitraum von 1995 bis 2004 eingebürgert wurden oder als Kinder türkischer Eltern, die in Deutschland in den Jahren 2000 bis 2004 geboren wurden, die deutsche Staatsbürgerschaft auch ohne Einbürgerungsantrag erhalten haben. Davon gehören etwa 3.150 Personen türkischen linksextremistischen Organisationen im Bundesgebiet an (Stand: 31.12.2006).

Die auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland feststellbaren linksextremistischen türkischen Gruppierungen, deren Größenordnung, Aktivitäten und Bedeutung sehr unterschiedlich ausfallen, haben ihre historischen Wurzeln überwiegend in der Türkei. Ihre Ursprünge sind im Wesentlichen auf die in den 1960er und 1970er Jahren in der Türkei aufkommenden Spielarten des Marxismus-Leninismus, zuweilen auch des Maoismus zurückzuführen.

Allen türkischen Linksextremisten gemeinsam ist das Ziel, die Gesellschaftsordnung in der Türkei und deren politische Führung zu destabilisieren und letztlich zu überwinden. Ihre Agitation richtet sich daher insbesondere gegen das türkische Staats- und Verfassungssystem, gegen den Einfluss des türkischen Militärs und gegen die von ihnen als „Oligarchie“ diffamierte Regierung. Einig sind sich alle linksextremistischen Vereinigungen aus der Türkei auch in ihrem Kampf gegen den „Imperialismus“. Unterschiedlich sind demgegenüber die Auffassungen, mit welchen Mitteln die angestrebten Ziele zu erreichen sind, ob z. B. mit Terroranschlägen – wie im Heimatland Türkei –, mit anderen militanten Aktionen oder mit friedlicher Agitation.

Im Folgenden werden die im Bundesgebiet bekanntesten aktiven türkischen linksextremistischen Gruppierungen vorgestellt.

Inhalt	Seite	
1	„Revolutionäre Volksbefreiungspartei-Front“ (DHKP-C)	7
1.1	Historie, Daten und Fakten	7
1.2	Ideologische Orientierung, Agitation und Aktion	8
1.3	Fazit	10
2	„Türkische Kommunistische Partei/Marxisten-Leninisten“ (TKP/ML)	10
2.1	Historie, Daten und Fakten	10
2.2	Ideologische Orientierung, Agitation und Aktion	11
2.3	Fazit	12
3	„Marxistisch-Leninistische Kommunistische Partei“ (MLKP)	12
3.1	Historie, Daten und Fakten	12
3.2	Ideologische Orientierung, Agitation und Aktion	13
3.3	Fazit	14
4	„Föderation der Demokratischen Arbeiter-vereine e.V.“ (DIDF)	14
4.1	Historie, Daten und Fakten	14
4.2	Ideologische Orientierung, Agitation und Aktion	14
4.3	Fazit	15
5	„Devrimci Yol“ („Revolutionärer Weg“)/ „Devrimci Isci“ („Revolutionäre Arbeiter“)	15
5.1	Historie, Daten und Fakten	15
5.2	Ideologische Orientierung, Agitation und Aktion	16
5.3	Fazit	16
6	„Revolutionäre Kommunistische Partei der Türkei“ (TDKP)	17
6.1	Historie, Daten und Fakten	17
6.2	Ideologische Orientierung, Agitation und Aktion	17
6.3	Fazit	17

		Seite
7	„Bolschewistische Partei / Nordkurdistan-Türkei“ (BP/KK-T)	18
7.1	Historie, Daten und Fakten	18
7.2	Ideologische Orientierung, Agitation und Aktion	18
7.3	Fazit	19
8	Resümee	19

1 „Revolutionäre Volksbefreiungspartei-Front“ (DHKP-C)

1.1 Historie, Daten und Fakten

Die DHKP-C-Vorläuferorganisation „Devrimci Sol“ („Revolutionäre Linke“) wurde 1978 von Dursun Karatas, der die DHKP-C auch heute noch anführt, in der Türkei gegründet. Ziel dieser marxistisch-leninistisch ausgerichteten Organisation war es, das türkische Staatsgefüge durch eine bewaffnete Revolution zu zerschlagen und ein sozialistisches Gesellschaftssystem zu errichten.

Nach einer Serie von Straftaten, zu denen auch die gewaltsame Besetzung des türkischen Generalkonsulats 1982 in Köln gehörte, wurde die „Devrimci Sol“ (Dev Sol) in Deutschland 1983 vom Bundesminister des Innern verboten.

Trotz des Verbots blieben die Anhänger der „Devrimci Sol“ aktiv. Im Jahre 1992 spalteten sie sich aufgrund interner Streitigkeiten in zwei konkurrierende Flügel, die sich seit 1994 „Revolutionäre



Fahne der DHKP/C

Volksbefreiungspartei-Front“ (DHKP-C) und „Türkische Volksbefreiungspartei/-Front-Revolutionäre Linke“ (THKP/-C-Devrimci Sol) nennen. In der Folgezeit kam es sowohl in Deutschland als auch im benachbarten Ausland immer wieder zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen den beiden Gruppierungen. Ab Mitte 1996 wurden diese Kämpfe er-

bitterter und auch unter Einsatz von Schusswaffen geführt. Die bis Anfang 1998 andauernden gewaltsamen Auseinandersetzungen führten im August 1998 in Deutschland zum Verbot der DHKP-C als Ersatzorganisation der bereits 1983 verbotenen Dev Sol. Auch die THKP/-C-Devrimci Sol, die inzwischen keine feststellbaren Organisationsstrukturen und keine nennenswerte Anhängerschaft mehr im Bundesgebiet aufweist, wurde 1998 mit einem Betätigungsverbot belegt und nennt sich in Deutschland jetzt „Devrimci Cizgi“ („Revolutionäre Linie“).

Im zeitlichen Zusammenhang mit dem Verbot der DHKP-C 1998 und danach konnten durch polizeiliche Maßnahmen eine Vielzahl von Führungsfunktionären und Aktivisten festgenommen sowie zahlreiche Schusswaffen und Propagandamaterial sichergestellt werden. Deutsche Gerichte verurteilten in den letzten Jahren rund 30 Kader der DHKP-C zu teilweise hohen Haftstrafen. Im Mai 2002 wurde die DHKP-C in die von der Europäischen Union geführte Liste terroristischer Organisationen aufgenommen.

Die DHKP-C hat in Deutschland rund 650 Anhänger (Stand: Dezember 2006). Die Organisation finanziert sich durch Mitgliedsbeiträge, Spendengeldsammlungen, die früher teilweise



Fahne der DHKC, militärischer Arm der DHKP/C

mit erpresserischen Methoden durchgeführt wurden, sowie durch Einnahmen aus Musikveranstaltungen. Funktionäre und Mitglieder der DHKP-C verhalten sich zum Teil konspirativ, d.h. sie verwenden Decknamen und wechseln häufig ihren Aufenthaltsort. Die DHKP-C verfügt mit der „Revolutionären Volksbefreiungspartei“ (DHKP) über einen politischen und mit der „Revolutionären Volksbefreiungsfront“ (DHKC) über einen militärischen Arm.

1.2 Ideologische Orientierung, Agitation und Aktion

Die ideologische Zielsetzung der DHKP-C lässt sich ihrem Programm entnehmen. Dieses wurde im Jahre 1995 auch in deutscher Sprache unter dem Titel „Das Programm Der Revolutionären Volksbefreiungspartei – Errichten Wir Die Volksmacht“ herausgegeben. Dort heißt es:

„Unsere Partei hat sich die marxistisch-leninistische Weltanschauung zu eigen gemacht und kämpft dafür. Das Endziel der DHKP ist, eine Gesellschaft und eine Welt ohne Ausbeutung und ohne Klassen zu schaffen. Aber unser heutiges Ziel ist die Errichtung der Revolutionären Volksmacht – der Macht aller Volkskräfte, die gegen Oligarchie und Imperialismus sind.“

Zahlreiche Terroranschläge in der Vergangenheit, vor allem in den Großstädten der Türkei gegen Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens sowie gegen militärische und andere staatliche Einrichtungen, gehen auf das Konto der DHKP-C. Ausgeführt wurden diese Anschläge von deren „Bewaffneten Propagandaeinheiten“ (SPB), einer nur in der Türkei operierenden Gruppe.

Auslöser für weitere Aktionsserien, u. a. auch Anschläge gegen türkische Einrichtungen in Deutschland, waren 1995 und 1996 Häftlingsrevolten in der Türkei, bei denen mehrere DHKP-C-Aktivisten getötet wurden.

Beherrschendes Agitationsthema der DHKP-C in den letzten Jahren war ist der Hungerstreik bzw. das so genannte Todesfasten von Gesinnungsgenossen in türkischen Gefängnissen. Seit Oktober 2000 versuchte die DHKP-C – wie bis zum Jahre 2002 auch andere linksextremistische türkische Organisationen – die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf die „politischen Gefangenen“ zu lenken.

Im Dezember 2000 waren diese Gefangenen, die zuvor in Großraumzellen mit bis zu 100 Insassen untergebracht waren, in neuerbaute Haftanstalten mit Einzelzellen bzw. Zellen für 2-3 Personen („F-Typ“) verlegt worden. Die DHKP-C behauptet, die Gefangenen seien dadurch in stärkerem Maße der Gefahr von Übergriffen durch das Gefängnispersonal ausgesetzt. Zahlreiche Inhaftierte traten als Zeichen des „Widerstandes“ in einen (befristeten) Hungerstreik und anschließend in ein (unbefristetes) „Todesfasten“. Ziel dieser Aktionen war die von der DHKP-C geforderte Änderung der angeblichen Isolationshaft. Der überwiegende Teil dieser Häftlinge, von denen bis Anfang

2007 nach Angaben der Organisation 122 verstarben, gehört der DHKP-C an. Rund 40 von diesen kamen nicht infolge des „Todesfastens“, sondern aufgrund von Auseinandersetzungen mit Sicherheitskräften ums Leben.

Für die im Hungerstreik und „Todesfasten“ Verstorbenen wird eine angebliche „Isolationspolitik“ des türkischen Staates verantwortlich gemacht. In thematischer Übereinstimmung mit der DHKP-C wird die Hungerstreikproblematik in Deutschland durch so genannte „Tayad-Komitees“¹ im Rahmen von Demonstrationen und Kundgebungen öffentlichkeitswirksam aufgegriffen.



Am 22. Januar 2007 wurden die Hungerstreiks und das „Todesfasten“ – vorläufig – beendet, nachdem das türkische Justizministerium angekündigt hatte, dass in den sog. F-Typ-Gefängnissen auch Gruppen von bis zu zehn Häftlingen zusammenkommen könnten.

In den letzten Jahren (seit 2003) verübte die DHKC - der militärische Arm der DHKP-C – in der Türkei zahlreiche Anschläge. Ziele waren staatliche türkische Einrichtungen, insbesondere Gebäude, aber auch Mitarbeiter der türkischen Sicherheitsbehörden, der Armee und der Justiz.



Bei den Anschlägen im Jahre 2003 entstanden zumeist nur Sachschäden, lediglich bei einer fehlgeschlagenen Explosion am 20. Mai 2003 in Ankara kam eine Person, die Attentäterin selbst, ums Leben. Dazu erklärte die DHKC, der Anschlag sei als Rache für die im „Todesfasten“ gefallenen Märtyrer gedacht und richte sich zudem gegen die Politik der USA.

Bei einem ebenfalls fehlgeschlagenen Anschlag am 24. Juni 2004 in Istanbul, kurz vor dem dortigen NATO-Gipfel (28./29. Juni 2004), starben 4 Menschen und 15 wurden verletzt. Der Sprengsatz, den die bei

der Detonation getötete Aktivistin der DHKC in einem vollbesetzten Reisebus transportierte, war verfrüht explodiert. Mit einer im Internet verbreiteten Erklärung bekannte sich die DHKC zu dieser Tat. Den Tod ihrer „Genossin“ und der drei weiteren Passagiere stellte die Organisation in einen Zusammenhang mit dem Tod der „politischen Gefangenen“, die in türkischen Gefängnissen gestorben seien. Die verfrühte Explosion kommentierte sie mit den Worten: „Es sind Menschen vom Volk umgekommen. Wir tragen die Verantwortung. Wir akzeptieren unsere Schuld und bitten unser Volk um Entschuldigung.“ In der Folgezeit (2005 bis



1 „Tayad-Komitees“ sind „Solidaritätsvereine mit den politischen Gefangenen und deren Familien in der Türkei“.

Anfang 2007) bekannte sich die Organisation zu einer Reihe weniger spektakulärer Anschläge – überwiegend in Istanbul –, die zumeist Sachschäden verursachten.

1.3 Fazit

Seit dem Verbot im Jahre 1998 ist bei der DHKP-C eine Verlagerung ihrer Aktivitäten in Nachbarländer zu beobachten. Versammlungen und Kultur- bzw. Parteiveranstaltungen, die früher in Deutschland stattfanden, wurden beispielsweise in die Niederlande und nach Belgien verlegt. Dennoch bleibt Deutschland wegen der über 1,7 Millionen hier lebenden Landsleute das nach der Türkei wichtigste Betätigungsfeld der DHKP-C.

Nach einer Gewaltverzichtserklärung des DHKP-C-Führers Karatas Anfang 1999 sind keine gewaltsamen Aktionen im Bundesgebiet mehr festzustellen. Jedoch bezieht sich der Gewaltverzicht nur auf Deutschland und Europa, nicht aber auf die Türkei.

Die intensiven Strafverfolgungsmaßnahmen deutscher Behörden mit Festnahmen und Verurteilungen der wichtigsten Führungsfunktionäre haben die DHKP-C nachhaltig geschwächt. Derzeit gibt es keine Anzeichen dafür, dass sich diese Situation kurzfristig ändern wird.

2 „Türkische Kommunistische Partei/Marxisten-Leninisten“ (TKP/ML)

2.1 Historie, Daten und Fakten

Die TKP/ML wurde im April 1972 von dem später in einer türkischen Haftanstalt verstorbenen Ibrahim Kaypakkaya gegründet. Vorläufer waren die marxistisch-leninistische „Kommunistische Partei der Türkei“ (TKP) und die maoistische „Revolutionäre Arbeiter- und Bauernpartei der Türkei“ (TI-IKP). Ziel der TKP/ML ist die Beseitigung des bestehenden türkischen Staatsgefüges.



Fahne der TKP/ML

Im Jahre 1994 spaltete sich aufgrund erheblicher Differenzen im Funktionärsapparat eine Fraktion von der TKP/ML ab, die sich zunächst „Ostanatolisches Gebietskomitee“ (DABK) nannte. Die verbliebene Fraktion wurde als „Partizan“ bezeichnet. Beide Gruppierungen beanspruchten in der Folgezeit die Führung in der Partei; ideologische Unterschiede waren in den jeweiligen Positionen nicht auszumachen. Um die Jahreswende 2002/2003 entstand infolge interner Auseinandersetzungen aus der DABK-Fraktion die neue Gruppierung „Maoistische Kommunistische Partei“ (MKP).



Fahne der TIKKO

In Deutschland hat die „Partizan“-Fraktion der TKP/ML rund 800 Mitglieder, der MKP-Fraktion gehören rund 500 Personen an (Stand: Dezember 2006). In der Türkei unterhält „Partizan“ als „bewaffnete Frontorganisation“ die „Türkische Arbeiter- und Bauernbefreiungsarmee“ (TIKKO) und mit der „Türkischen Marxistischen-Leninistischen Jugendvereinigung“ (TMLGB) eine eigene Jugendorganisation. Als Guerillagruppe der MKP fungiert in der Türkei die „Volksbefreiungsarmee“ (HKO).



Logo der HKO

2.2 Ideologische Orientierung, Agitation und Aktion

Die Lehren des Marxismus-Leninismus und Maoismus bilden das ideologische Gerüst der TKP/ML. Beide Fraktionen der TKP/ML, „Partizan“ und MKP, propagieren einen nach maoistischem Vorbild geführten bewaffneten „Volkskrieg“, mit dessen Hilfe eine „demokratische Volksrevolution“ herbeigeführt werden soll, um eine kommunistische Gesellschaftsordnung in der Türkei zu etablieren.

Zur Legitimation eines bewaffneten „Volkskrieges“ innerhalb der Türkei heißt es in der von „Partizan“ vierzehntäglich herausgegebenen Zeitschrift „Yeni Demokrasi Yolunda Isci Köylü“:

„Die unterdrückten und ausgebeuteten Millionen mussten gegen den organisierten und bewaffneten Imperialismus sowie gegen die faschistische Türkische Republik organisiert und bewaffnet werden. Wir versprechen unseren Gefallenen, dass wir die Partei entwickeln sowie unseren Kampf auf alle Bereiche ausdehnen und die Macht erlangen werden. Wir haben unseren Gefallenen die Revolution versprochen! Hoch lebe der Marxismus-Leninismus-Maoismus!“²

Im Juni 2005 wurden im Rahmen eines in der Türkei geplanten Parteikongresses 17 Funktionäre der MKP bei einem Feuergefecht mit der türkischen Armee in Anatolien getötet. Den Tod ihrer Gesinnungsgenossen bezeichneten sowohl die MKP als auch die „Partizan“-Fraktion als einen Angriff, der auch weiterhin mit einem „Volkskrieg“ beantwortet werden müsse.

In Deutschland verhalten sich sowohl die „Partizan“-Fraktion der TKP/ML als auch die MKP und deren Anhänger seit Ende der 1990er Jahre gewaltfrei. Ihre Agitation richtet sich in erster Linie gegen die türkische Regierung und wird weitgehend von politischen Vorgängen in der Türkei bestimmt, aber auch innerdeutsche und weltpolitische Ereignisse, wie z. B. der Irak-Krieg, werden aufgegriffen.



2 „Yeni Demokrasi Yolunda Isci Köylü“ („Arbeiter und Bauern auf dem Weg der Demokratie“), Nr. 1, 31. Januar – 13. Februar 2003.

Gemeinsam mit zahlreichen anderen linksextremistischen türkischen Organisationen agitierten die der „Partizan“-Fraktion der TKP/ML offenbar nahestehenden Gruppen „Föderation der Arbeiter aus der Türkei in Deutschland e.V.“ (ATIF) und „Konföderation der Arbeiter aus der Türkei in Europa“ (ATIK) in der Plattform „RESISTANBUL 2004“ gegen den NÄO-Gipfel (28./29. Juni 2004) in Istanbul. Diese bezeichnete die NATO als eine „gegen die Völker gegründete Aggressions- und Kriegsorganisation“

Sowohl „Partizan“ als auch MKP treten hauptsächlich durch die Verbreitung von Flugschriften und sonstigen Publikationen an die Öffentlichkeit. Erwähnenswert sind die von beiden Fraktionen der TKP/ML getrennt voneinander jährlich im Bundesgebiet durchgeführten Veranstaltungen zum Gedenken an den 1973 verstorbenen Gründer Ibrahim Kaypakkaya. An einer zentralen Feier der „Partizan“-Fraktion im Mai 2006 in Wetzlar (Hessen) nahmen ca. 3.500 Besucher teil; auf Seiten der MKP waren es im Mai 2006 in Hamburg rund 1.000 Teilnehmer. Zusätzlich erinnerte die MKP durch eine Gedenkveranstaltung in Wuppertal (im Februar 2006 mit rund 1.500 Besuchern) und durch eine Demonstration in Köln (im Juni 2006 mit 800 Teilnehmern) an die im Jahr 2005 im Feuergefecht in der Türkei zu Tode gekommenen 17 Angehörigen ihrer Organisation.

2.3 Fazit

Die Aktivitäten der beiden Fraktionen „Partizan“ und MKP der TKP/ML im Bundesgebiet sind seit Ende der 1990er Jahre gewaltfrei. Beide Gruppierungen propagieren aber weiterhin einen „Volkskrieg“ innerhalb der Türkei.

3 „Marxistisch-Leninistische Kommunistische Partei“ (MLKP)

3.1 Historie, Daten und Fakten



Logo der MLKP

Die MLKP wurde 1994 in der Türkei gegründet. Ihr Ziel ist es, das türkische Staatsgefüge durch eine gewaltsame Revolution zu beseitigen und in eine Diktatur des Proletariats umzuwandeln.

Die Themen der Organisation werden in Deutschland teilweise von der „Föderation der Arbeiterimmigranten aus der Türkei in Deutschland e.V.“ (AGIF) aufgegriffen, die sich insoweit als eine der MLKP thematisch nahestehende Gruppierung zeigt, welche zusätzlich auch Deutsch-

land-spezifische Themen behandelt. Die öffentlichkeitswirksamen Aktivitäten der AGIF waren bislang gewaltfrei.

In Deutschland hat die MLKP etwa 600 Anhänger. Die nur in der Türkei agierenden FESK („Bewaffnete Einheiten der Armen und Unterdrückten“) werden von den dortigen Sicherheitsbehörden als militärischer Arm der MLKP angesehen.

3.2 Ideologische Orientierung, Agitation und Aktion

Ideologisch beruft sich die MLKP auf die Theorien von Marx und Engels. Die Partei versteht sich eigenen Angaben zufolge als die politische Vorhut des Proletariats der türkischen und kurdischen Nation und der nationalen Minderheiten in der Türkei.

Die Agitationsthemen der MLKP werden weitgehend von den politischen Vorgängen in der Türkei bestimmt. In den Jahren bis 2002 stand vor allem die Situation inhaftierter türkischer Linksextremisten thematisch im Vordergrund.

Aber auch weltpolitische Ereignisse wie die kriegerischen Auseinandersetzungen im Nahen Osten im Konfliktfeld zwischen Israel-Libanon-Palästina bzw. im Irak kommentiert die MLKP unter Hinweis auf die „Legitimität“ der Gewalt gegen „imperialistische Aggression, gegen Besatzung und gegen Krieg“. Die Gewalt der Unterdrückten sei das einzige verbleibende Recht zur Verteidigung.³



In ihren Veröffentlichungen propagiert die MLKP nicht nur den Sturz der türkischen Regierung; sie bekennt sich auch zu zahlreichen Anschlägen auf Sicherheitskräfte in der Türkei, die Armee und auf Büros türkischer Parteien.

Im Zusammenhang mit dem NATO-Gipfel in Istanbul (28./29. Juni 2004) agitierte die MLKP bereits im Vorfeld auf ihrer Internetseite. Unter der Überschrift „Wir werden den Raum für die NATO in Istanbul einengen“ hieß es unter anderem: „Kein Durchkommen für die NATO – MLKP“.

Kurz vor Beginn des NATO-Gipfels bekannte sich die MLKP dann am 24. Juni zu einem Sprengstoffanschlag am gleichen Tage in Ankara. Bei der Explosion eines Sprengsatzes vor dem Hilton-Hotel, in dem US-Präsident Bush während seines Besuches übernachten sollte, wurden zwei Polizisten und ein Passant verletzt. Zur Tat bekannten sich die von türkischen Sicherheitsbehörden als militärischer Arm der MLKP angesehenen „Bewaffneten Einheiten der Armen und Unterdrückten“ (FESK). Die FESK übernahmen die Verantwortung auch für Sprengstoffanschläge am 19. Juni 2004 in Istanbul auf die Dis-Bank, am 22. Juni 2004 in Izmir auf die Deniz-Bank und am 29. Juni 2004 erneut in Istanbul auf ein bereits gelandetes Flugzeug der Turkish Airlines.



Sprengstoffanschläge der MLKP/FESK in der Türkei

3 „Roter Morgen“ Nr. 10 vom Januar 2006, S. 30.

3.3 Fazit

Die letzte Gewaltaktion, die der MLKP auf deutschem Boden zugerechnet werden kann, fand im Jahre 1996 statt. Seinerzeit kam es in Duisburg zur Ermordung eines Funktionärs der rivalisierenden Abspaltergruppe „Kommunistische Partei-Aufbauorganisation“ (KP-IÖ), zu der sich die MLKP bekannte. Einer der Täter wurde zu einer lebenslangen Freiheitsstrafe verurteilt. Seither sind keine Gewalttaten dieser Organisation mehr im Bundesgebiet beobachtet worden. Die MLKP beschränkt sich hier zurzeit in Wesentlichen auf gewaltfreie Agitation und Propaganda.

4 „Föderation der Demokratischen Arbeitervereine e.V.“ (DIDF)

4.1 Historie, Daten und Fakten



Logo der DIDF

Die DIDF wurde im Dezember 1980 in Köln gegründet. Bei ihr handelt es sich um einen Dachverband türkischer „Arbeitervereine“, der nach eigener Aussage in mehr als 35 Orten in Deutschland durch Mitgliedsvereine und Ortsgruppen vertreten ist.⁴ Die DIDF-Mitgliedsvereine haben insgesamt rund 600 Anhänger (Stand: Dezember 2006).

4.2 Ideologische Orientierung, Agitation und Aktion



In ihren Verlautbarungen fordert die DIDF die Abschaffung des Kapitalismus, das Wahlrecht für alle, die Abschaffung des Ausländergesetzes sowie das Verbot von Neonazi-Parteien und ihrer Propaganda. Vor diesem Hintergrund nehmen DIDF-Anhänger gelegentlich auch an thematisch entsprechend ausgerichteten Demonstrationen teil.

Die DIDF prangert vor allem angebliche Menschenrechtsverletzungen in der Türkei sowie Kapitalismus und Rassismus an und fordert überdies ein Selbstbestimmungsrecht für das kurdische Volk.

Unter der Überschrift „Gegen Arbeitslosigkeit und Sozialkahlschlag“ formulierte die DIDF auf ihrer Internetseite ihre politische Auffassung zu den Themen Arbeitslosigkeit, Kapitalismus und Sozialpolitik wie folgt:

„Andererseits versuchen Großkonzerne und Kapitalkreise mit dieser Politik ihre Profite ohne Einschränkungen zu steigern und neue Begünstigungen zu erhalten. Damit versuchen sie den gemeinsamen Kampf zu schwächen. Wir sagen offen: Verantwortlich für die Arbeitslosigkeit und Verarmung sowie die Sozialkahlschlagpolitik ist das Kapital.“⁵

⁴ Eigendarstellung im Verbandsorgan „Tatsachen“, Mai 2001.

⁵ Internetseite der DIDF vom 17. Juli 2002.

Die DIDF agiert im Bundesgebiet gewaltfrei und beschränkt sich im Wesentlichen auf die Verbreitung von Flugschriften und sonstigen Publikationen. In unregelmäßigen Abständen gibt sie die Schriften „Tatsachen“ und „Junge Stimme“ in deutscher Sprache und das „DIDF Bülteni“ (DIDF-Bulletin) in türkischer Sprache heraus. Alljährlich führt die DIDF auch so genannte Sommercamps für ihre jugendlichen Anhänger durch.

4.3 Fazit

Im Vergleich zu anderen türkischen linksextremistischen Organisationen ist die Bedeutung der DIDF geringer einzuschätzen. Die Anhänger der Organisation in Deutschland sind überwiegend publizistisch tätig. Sie propagieren und praktizieren keine Gewalt.

5 „Devrimci Yol“ („Revolutionärer Weg“)/ „Devrimci Isci“ („Revolutionäre Arbeiter“)

5.1 Historie, Daten und Fakten

Im Jahr 1970 gründete Mahir Cayan in der Türkei die „Türkische Volksbefreiungspartei“ (THKP) sowie die „Türkische Volksbefreiungsfront“ (THKC), die sich bereits ein Jahr später zur „Türkischen Volksbefreiungspartei/-front“ (THKP/C) zusammenschlossen. Nach dem Tode Cayans 1972 zerfiel die THKP/C in mehrere Gruppierungen, aus denen sich die Organisation „Devrimci Yol“ („Revolutionärer Weg“) sowie die 1983 vom Bundesminister des Innern verbotene „Devrimci Sol“ („Revolutionäre Linke“, vgl. Ziff. 1.1) entwickelten.

Die Organisation „Devrimci Yol“ galt in den 1970er Jahren in der Türkei wegen ihrer terroristischen Aktivitäten als die gefährlichste Extremistengruppe. Nach dem dritten Militärputsch in der Türkei am 12. September 1980 erhöhte sich der Fahndungsdruck auf linksextremistische Organisationen und führte zur weitgehenden Zerschlagung der „Devrimci Yol“. Seit Jahren ist die Gruppe in der Türkei nicht mehr terroristisch tätig, erinnert aber auf ihrer Internetseite weiterhin an ihre Vergangenheit.



Emblem der „Devrimci Yol“

In Deutschland trat die Organisation „Devrimci Yol“ seit 1984 vornehmlich unter der Bezeichnung „Devrimci Isci“ („Revolutionäre Arbeiter“) auf.

In den 1980er Jahren – noch mitgliederstark und aktiv – war die Organisation mit zahlreichen Ortsvereinen im Bundesgebiet vertreten. Seit 1993/1994 zerfiel sie jedoch infolge von Inaktivität und Führungsschwäche ihrer Funktionäre. Zurzeit verfügt sie in Deutschland nur noch über wenige Mitglieder.

5.2 Ideologische Orientierung, Agitation und Aktion

Die Zielsetzung der „Devrimci Yol“ und ihre antiimperialistische Ausrichtung lassen sich nur noch selten aus einigen spärlichen Veröffentlichungen erschließen. In dem von der Gruppierung im Internet genutzten Sprachrohr „Turkey Information“ heißt es zu den Themen Irak-Krieg und Imperialismus:

„Die Besatzungsmächte, die mit ihren modernsten Waffen, aber mit mittelalterlichen Methoden und Unrecht Irak besetzt haben, sind mit ihren räuberischen ... Handlungen dabei, allen Völkern der Welt zu beweisen, was der Imperialismus bedeutet.

... Die Besatzer im Irak sind ein Symbol der Weltherrscher ...

Das irakische Volk, dessen materielle und kulturelle Identität durch Bomben zerstört ... wurde, stellt für die Weltvölker ein Symbol dar. Jeder, der mit Imperialismus eine Rechnung zu begleichen hat, solidarisiert sich mit den Widerstandskämpfen im Irak. Die abhängigen Länder werden von USA wie deren Armee gesteuert, um neue Israels zu schaffen ... Imperialismus ist weder ewig noch mächtig ... Die Herrscher sind eine Minderheit. Wir sind die Mehrheit. Wir sind das Volk und stärker als der Imperialismus.“⁶

Die wenigen Mitglieder der „Devrimci Yol“/„Devrimci Isci“ fallen weder durch Gewalttaten noch durch sonstige Aktivitäten in der Öffentlichkeit auf. Eine Ausnahme bildete der Trauermarsch für den im Februar 2002 verstorbenen langjährigen Generalsekretär der Organisation Ibrahim Sevimli. An dem Trauermarsch in Hannover nahmen etwa 650 Personen teil.

5.3 Fazit

Die Bedeutung der „Devrimci Yol“/„Devrimci Isci“ ist derzeit unter dem Aspekt einer Sicherheitsgefährdung der Bundesrepublik Deutschland als gering einzustufen. Gewalt als Mittel der Politik wird seit vielen Jahren von der Organisation weder propagiert noch praktiziert. Auch sind in jüngster Zeit keine nennenswerten politischen Aktivitäten bekannt geworden.

⁶ Internetseite der „Devrimci Yol“, undatiert, Jahreswende 2003/2004.

6 „Revolutionäre Kommunistische Partei der Türkei“ (TDKP)

6.1 Historie, Daten und Fakten

Die TDKP wurde im Februar 1980 in der Türkei gegründet. Als Vorläuferin oder Mutterorganisation der TDKP gilt die maoistisch ausgerichtete „Völk-befreiungsarmee der Türkei“ (THKO), die einen gewaltsamen Umsturz in der Türkei über einen Bürgerkrieg anstrebte. Diese Organisation wurde im Zusammenhang mit dem zweiten Militärputsch in der Türkei am 12. März 1971 zerschlagen. Mitte der 1970er Jahre bildeten Anhänger der THKO dann eine Aufbauorganisation zur Errichtung einer neuen kommunistischen Partei in der Türkei, die zur Gründung der TDKP im Jahre 1980 führte.



Fahne der TDKP

In der Bundesrepublik Deutschland zählt die TDKP nur wenige Mitglieder

6.2 Ideologische Orientierung, Agitation und Aktion

Die TDKP versteht sich als marxistisch-leninistische Partei, die über eine revolutionäre Umwälzung eine sozialistische Gesellschaftsordnung in der Türkei anstrebt. In der Vergangenheit orientierte sich die Organisation an dem ehemaligen kommunistischen Regime in Albanien.

In einer Flugschrift vom Mai 1994 heißt es:

„Der Sozialismus ist und bleibt die einzige Alternative für die Menschheit. Erst im Sozialismus wird jegliche Lohnsklaverei abgeschafft sein, werden Geld und Kapital nicht mehr regieren, wird es Gleichheit, Demokratie und Freiheit geben.“⁷

Die TDKP hat eine eigene Internetseite. Sie publiziert meist in ihrer türkischen Muttersprache, stellt gelegentlich aber auch englischsprachige Seiten zur Verfügung. Auf ihrer Internetseite veröffentlichte die TDKP bis zum Jahre 2001 Auszüge ihrer Publikation „Devrimin Sesi“ („Die Stimme der Revolution“). In einer Schrift aus dem Jahr 2000 forderte die Gruppe: „Tod dem Faschismus ... Freiheit für das Volk“.⁸

6.3 Fazit

Die TDKP ist unter den türkischen linksextremistischen Organisationen in Deutschland mangels ausgeprägter Aktivitäten von nachrangiger Bedeutung. Feste Strukturen sind derzeit nicht mehr erkennbar.

⁷ Gemeinsames Flugblatt von TDKP und „Kommunistischer Partei Deutschlands“ (KPD) zum 1. Mai 1994.

⁸ „The Voice of Revolution“ Nr. 12 vom April 2000.

7 „Bolschewistische Partei/Nordkurdistan-Türkei“ (BP/KK-T)

7.1 Historie, Daten und Fakten



Emblem der BP/KK-T

Die BP/KK-T entstand im Februar 1981 aus einer Abspaltung der revolutionär-marxistischen „Türkischen Kommunistischen Partei/Marxisten-Leninisten“ (TKP/ML). Ursächlich waren interne Auseinandersetzungen während der „II. Parteikonferenz“ der TKP/ML Ende 1980 in der Türkei, die zur Bildung von zwei Fraktionen führten. Bis Februar 1994 nannte sich die Abspalter-Gruppe „Türkische Kommunistische Partei/Marxisten-Leninisten (Bolschewisten)“ – „TKP/ML (B)“ bzw. „Bolshevik Partizan“ (BP – Bolschewistischer Partisan). Im Jahre 1994 erfolgte dann die Umbenennung in BP/KK-T.

Der alte Name „Bolshevik Partizan“ wird weiterhin als Bezeichnung für die Publikation der Organisation verwendet.

Die BP/KK-T verfügt in Deutschland nur über wenige Mitglieder

7.2 Ideologische Orientierung, Agitation und Aktion

Ideologische Basis der BP/KK-T bilden marxistisch-leninistische Überzeugungen. Sie tritt für die „revolutionäre Zerschlagung“ der in der Türkei bestehenden Gesellschaftsordnung ein, um dort ein sozialistisches bzw. kommunistisches System zu errichten. Konsequenterweise fordert die Gruppe daher „Tod dem faschistischen türkischen Staat“.⁹



Die durch die BP/KK-T betriebene „antiimperialistische“ Agitation richtet sich vornehmlich gegen die USA und die Bundesrepublik Deutschland.

Am 8. März 2003 veröffentlichte die BP/KK-T in deutscher Sprache im Internet eine Erklärung gegen den Irak-Krieg. Unter der Überschrift „Kampf dem imperialistischen Krieg!“ heißt es dort:

„Der Krieg gegen den Irak ist ein imperialistischer Krieg ... Dem kann nur ein Kampf gegen das kapitalistische System und für die sozialistische Revolution ein Ende bereiten!“

Die BP/KK-T beschränkt sich im Wesentlichen auf die Verbreitung von Flugschriften und sonstigen Veröffentlichungen. Zudem erscheint in unregelmäßigen Abständen in türkischer Sprache die Publikation der BP/KK-T „Bolshevik Partizan“, die auch im Internet eingestellt ist.

⁹ „Bolshevik Partizan“ Nr. 140, März 2002.

7.3 Fazit

Die BP/KK-T hat in Deutschland keine festen Strukturen. Ihre Anhänger verhalten sich im Bundesgebiet gewaltfrei und treten nur selten an die Öffentlichkeit. Im Hinblick auf ihre publizistischen Aktivitäten und unter Berücksichtigung ihrer geringen Mitgliederstärke spielt sie innerhalb der türkischen linksextremistischen Organisationen in Deutschland eine untergeordnete Rolle.

8 Resümee

Das Erscheinungsbild der hier vorgestellten linksextremistischen Organisationen aus dem türkischen Spektrum ist ebenso unterschiedlich wie deren Bedeutung unter Sicherheitsaspekten.

Insgesamt bilden sie keinesfalls – wie man angesichts der ähnlichen ideologischen Standpunkte und der gemeinsamen geografischen Herkunft vermuten könnte – eine in sich geschlossene homogene Szene. Ihr Zusammenhalt untereinander ist gering und beschränkt sich auf gelegentliche – meist nur kurzfristige – gemeinsame Aktionen (z. B. Beteiligung an Demonstrationen). Organisationsübergreifend war in den letzten Jahren vor allem die Beteiligung an einem „Solidaritätskomitee mit den politischen Gefangenen in der Türkei“ im Jahre 2000, welches sich mit einer längeren Protestkampagne gegen die Einführung von Einzelzellen in türkischen Haftanstalten für „politische Gefangene“ und gegen angebliche „Isolation“ im dortigen Strafvollzug richtete. Im Mai 2002 endete aber auch diese Gemeinschaftsaktion, nachdem Häftlinge aus allen beteiligten Organisationen – mit Ausnahme der DHKP-C – ihren „Hungerstreik“ und das „Todesfasten“ beendet hatten.

Gemeinsamkeiten sind bei den vorgestellten Gruppen allenfalls bei den groben Themenfeldern feststellbar, die dann in getrennter Aktion und Agitation den wesentlichen Inhalt ihrer Kritik bestimmen: Irak-Krieg, Sozialpolitik und Ausländerrechte in Deutschland, Arbeitslosigkeit, Hartz IV und doppelte Staatsangehörigkeit. Jede Gruppierung stellt in diesem Kontext ihre eigenen Ideen und Forderungen auf eigenen Flugblättern und Internetseiten zur Schau. Jedoch sind seit Jahren Kontakte zwischen der türkischen linksextremistischen Szene und dem vielfältigen Spektrum deutscher Linksextremisten, etwa im Rahmen gemeinsamer Aktionen und Demonstrationen (zum 1. Mai oder bei „Liebknecht-Luxemburg“-Gedenkveranstaltungen) feststellbar.

Die Bedeutung der hier aufgeführten türkischen Gruppen fällt – insbesondere unter dem Gesichtspunkt der sicherheitsmäßigen Relevanz – unterschiedlich aus:

Die zumindest bis Anfang 1998 auch in Deutschland mit Gewaltaktionen und sonstigen Straftaten dominierende – und daher im August 1998 verbotene – DHKP-C hat zwar ihre militanten Aktivitäten im Bundesgebiet eingestellt; gleichwohl weist die Organisation in ihrer Gewaltverzichtserklärung aus dem

Jahre 1999 darauf hin, dass sie die Türkei nach wie vor als Operationsgebiet für den „revolutionären Kampf“ ansieht. Die in den letzten Jahren dort verübten Anschläge bestätigen dies. Das Potenzial an Führungskräften, Aktivisten und Sympathisanten im Umfeld der Organisation ist allerdings kontinuierlich zurückgegangen: Gegenüber den ca. 1.100 Anhängern im Verbotsjahr 1998 auf 650 im Jahre 2006. Die Gefährlichkeit der Gruppe und deren Fähigkeit zur Durchführung von Sprengstoffanschlägen in der Türkei ist aber auch aktuell – trotz weiter sinkender Anhängerzahlen und finanzieller Engpässe – zu bejahen.

Unter den übrigen linksextremistischen türkischen Organisationen fallen die beiden Fraktionen der TKP/ML – die „Partizan“-Gruppe und die MKP – sowie die MLKP wegen ihrer noch relativ großen Anhängerschaft ins Auge: „Partizan“ mit 800, die MKP mit 500 und die MLKP mit rund 600 Anhängern verfügen über eine annähernd vergleichbare Größenordnung wie die DHKP-C. Allerdings haben diese Gruppierungen weder im Bundesgebiet vergleichbare Gewalttaten noch im Heimatland Türkei ähnlich schwerwiegende terroristische Aktionen verübt. Sie betonen jedoch bis heute die Notwendigkeit des „revolutionären Kampfes“ in der Türkei und bekennen sich gelegentlich zu dort verübten Anschlägen, welche häufig aber nur Sachschäden verursachten. Damit stellen sie für die Türkei nach wie vor eine militante Bedrohung dar, während das Spektrum ihrer Aktivitäten innerhalb des Bundesgebietes sich im Wesentlichen auf – gewaltfreie – Agitation und Solidaritätsbekundungen für Gesinnungsgenossen in der Türkei beschränkt.

Neben der DIDF schließlich, die auf eine rund 600 Personen starke Anhängerschaft in Deutschland zurückgreifen kann, ist den restlichen drei Organisationen „Devrimci Yol“ bzw. „Devrimci Isci“, TDKP und BP/KK-T nur noch ein geringfügiges, z. T. kaum nennenswertes Anhängerpotenzial verblieben. Auch hier zeigt sich exemplarisch der seit längerem auch international zu beobachtende Trend der Rückläufigkeit und tendenziell anhaltenden geringen Akzeptanz marxistischer/kommunistischer Bewegungen. Hinzu tritt das offensichtliche Unvermögen speziell der türkischen marxistisch/kommunistischen Organisationen, innerhalb der Bundesrepublik Deutschland bei jungen Türken oder türkischstämmigen Personen Interesse an einer die Mehrheit nicht mehr interessierenden Ideologie zu vermitteln.